Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 182. 20. Dezember

3. Jahrgang 1923

Adresse für alle Sendungen: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29.
Telegrammadresse: Wien, Inprekorr.

INHALT:

Die Aufgaben der englischen Arbeiterpartei. Von Bolgar 1539

Deutschland.
Der deutsche Koltschak. Von Sinowjew 1540
Unser Koltschak? Von Thalheimer 1541

Politik.
Brief aus Schweden. Von Gould 1542

Wirtschaft.
Wirtschaftliches aus Frankreich. Von Godonnèche . 1543

Arbeiterbewegung.
Der Portländer Kongreß der „American Federation of Labor". Von Loaf 1544

Deutschlandhilfe.
Der Weltkongreß der Internationalen Arbeiterhilfe für die Hungernden in Deutschland. Von Alexander . 1546

Die Aufgaben der englischen Arbeiterpartei.

Von Alex. Bolgar.

** Durch ihren Wahlsieg ist die englische Arbeiterpartei nicht allein zum bedeutsamsten politischen Faktor ihres Landes, sondern auch in weltpolitischer Hinsicht zu einer ausschlaggebenden Macht geworden. Es wird von ihr erwartet werden, daß sie sowohl in nationale wie auch in internationale Probleme tätig eingreife und manches zu lösen helfe, dessen Lösung ihren Vorgängern nicht gelang. Diese Probleme in ihrer Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit bilden für die Arbeiterpartei nicht bloß ein großes Tätigkeitsfeld, auf dem sie beweisen kann, daß sie nicht nur zu siegen, sondern auch den Sieg auszunutzen versteht; sie bergen auch mancherlei Gefahren in sich, die, wenn unbeachtet gelassen, dem Siege gar bald eine kritische Wendung zu geben vermögen. Versuchen wir nun, einige dieser Punkte des näheren zu betrachten:

1. Was zunächst die innerpolitischen Aufgaben der Labour Party betrifft, ist vor allen Dingen ihre Stellung innerhalb dem Parteigetriebe, ihr Verhältnis zu den übrigen Parteien, das Maß der Einigkeit in den eigenen Reihen von besonderer Bedeutung. Denn hiervon hängt es im wesentlichen ab, ob die Arbeiterpartei schon heute zu einer hoffnungsvollen Arbeiterregierung aufrücken kann, ob sie allen Verpflichtungen, die mit dieser veränderten politischen Einstellung zusammenhängen, gewachsen ist und ob sie allen Gefahren, die ihr nach der Natur der Dinge drohen, zu begegnen vermag. Alle diese Fragen aber münden in das Problem der Koalitionsregierung. Diese ist in offener oder verhüllter Form eine Notwendigkeit für die Arbeiterpartei, insofern sie sich zur Teilnahme an der Regierung schon jetzt entschließen sollte. Daß sie hierzu nicht nur von seiten ihrer Parteigänger, sondern auch vom eigenen rechten Flügel in recht stürmischer Weise gedrängt wird, mag sie vielleicht in dieser Richtung entscheidend beeinflussen, womit sie übrigens einem Gebote des von ihr immer hochgehaltenen Parlamentarismus und auch nicht immer vermiedenen Opportunismus Folge leisten würde. Allein derselbe Parlamentarismus würde es ihr auch ermöglichen, sich zurzeit von der Regierung noch fernzuhalten, das Abwirtschaften, worauf es schließlich die sie so hartnäckig ermunterenden Gegenparteien absehen, diesen selbst zu überlassen und in der im gegenwärtigen Augenblick gewiß viel nützlicheren und dankbareren Oppositionsstellung zu verharren. Dies wäre ganz gewiß auch für den linken Flügel der Partei eine entsprechendere Politik, die die sozialistische Entwicklung der Partei durch das Übergewicht der Gewerkschaftsbureaukraten und der liberalen Überläufer gefährdet sehen. Auch ist es ihnen, namentlich den Schotten und den Führern der Unabhängigen Arbeiterpartei, noch in lebhafter Erinnerung, daß während der Kriegszeit, als die Arbeiterminister beim König tafelten, sie selbst in den Gefängnissen die „Gäste Seiner Majestät" gewesen sind. Wenn es auch in der Frage der Koalitionsregierung innerhalb der Arbeiterpartei augenblicklich zu keiner Spaltung kommen wird, so kann dennoch angenommen werden, daß ein Mißerfolgt der Koalition die Opposition innerhalb der Partei außerordentlich stärken wird.

Ein zweiter durchaus ungeklärter Punkt einer englischen Arbeiterregierung ist, selbst wenn wir einer loyalen Unterstützung, oder wohlwollenden Neutralität der Liberalen Glauben schenken würden, die Haltung der Bureaukratie, der Polizei, des Heeres und der Flotte, des industriellen und kommerziellen Apparats einer Arbeiterregierung gegenüber. Die Arbeiterpartei selbst ist durchaus optimistisch in dieser Hinsicht, ob aber die größtenteils reaktionär gesinnte Beamtenschaft, namentlich die des Außen- und Finanzamtes die Arbeiterregierung nicht sabotieren, die Cyti durch ihren großen internationalen Einfluß ihren Kredit nicht untergraben würde, ist die Sorge manches weiterblickenden Arbeiterpolitikers sowohl in England wie auch im Auslande.

2. Ähnliche Bedenken tauchen auf, wenn man die Haltung der Kolonien und der Dominions zu einer zentralen Arbeiterregierung, als Inhaberin der Macht über das große britische Reich, näher ins Auge faßt. Erst vor einigen Wochen sah man, anläßlich der Reichskonferenz, welche Macht die Dominions und Kolonien im britischen Imperium von heute be-

Neue Adresse beachten!

deuten. Ist ja die ganze, vielleicht epochemachende Wendung in der englischen Politik der letzten Wochen eine direkte Folge dieser Reichskonferenz, auf die Selbständigkeit der Kolonien ganz deutlich zutage trat und die Zeichen des Niederganges des alten britischen Imperialismus um eines vermehrt wurde. Auf dieser Reichskonferenz aber war die bedeutsamste Persönlichkeit der südafrikanische Premier, General Smuts, der erst vor einigen Monaten durch seine barbarische Unterdrückung einer Erhebung der südafrikanischen Arbeiterschaft viel von sich reden ließ. Ist es nun anzunehmen, daß der Geist, der in der Regierungstätigkeit Smuts zutage tritt und der sich nicht allein auf Südafrika beschränkt, einer zentralen Arbeiterregierung günstiger gesinnt sein wird, als das gegenüber einer konservativen Regierung zutraf? Gewiß gibt es in einer Anzahl von Kolonien auch recht starke Arbeiterparteien. Ob aber diese die genügende Kraft aufbringen können, um Angriffe, wenn auch nur wirtschaftlicher Natur, gegen die regierende Mutterpartei hintanzuhalten, bleibt vorläufig abzuwarten.

3. Eine nicht geringere Schwierigkeit bedeutet für eine englische Arbeiterregierung die Kontinentalpolitik. Zwar steht diesen Fragen die Arbeiterregierung in bedeutend günstigerer Lage gegenüber, als eine imperialistische, oder eine solche, die an den Krieg und an den Versailler Frieden erinnert, immerhin dürfte eine Auseinandersetzung mit Frankreich, ein ergebnisvolles Eingreifen in die Reparationsfrage eine Revision des Friedensvertrages, eine Verständigung mit dem faschistischen Italien, lauter unumgänglich nötige Aufgaben, die Arbeiterregierung vor unübersteigbare Hindernisse stellen. Hierzu kommt die unerläßliche Stellungnahme zu weltpolitisch vielleicht weniger bedeutsamen, aber für eine Arbeiterregierung nicht unwesentliche Fragen, wie die bereits eingeleitete englische Orientierung mancher Nachfolgestaaten zu sichern, ja auszubauen; manche, unter französischem imperialistischen Einfluß gefällte Entscheidungen des Völkerbundes umzugestalten und zu mildern usw. Ganz besondere Verpflichtungen hat aber eine englische Arbeiterregierung Deutschland gegenüber, dessen brennendste Probleme: die Rhein- und Ruhrfrage, ein sofortiges und aktives Eingreifen englischerseits erfordern würde, nicht im Sinne einer naiv-utopistischen Internationalisierung des Rheinlandes, welchen Vorschlag sich eine bescheidene Kommission der Arbeiterpartei leisten kann, nicht aber eine Arbeiterregierung, die in erster Reihe auch den Arbeitern der übrigen Länder gegenüber die bedeutendsten Verpflichtungen hat.

4. Die britische Arbeiterpartei ist die führende Organisation der Sozialistischen Arbeiterinternationale, und spielt somit die gleiche Rolle wie die deutsche Sozialdemokratie in der zweiten Internationale. Sie gleicht ihr vielfach auch in ideologischer Hinsicht, ist ihr jedoch an politischem Urteil, an Anpassungsfähigkeit, an Eignung für staatsmännische Tätigkeit weitaus überlegen. Ob sie hinsichtlich ihrer internationalen Verpflichtungen, als Regierungspartei des bedeutendsten Landes Europas, in der heutigen Situation, nicht ebenso versagen wird, wie die deutsche Sozialdemokratie im August 1914, hängt zum großen Teil davon ab, wie weit die klassenbewußte Opposition innerhalb der Arbeiterpartei die Handlungen der Arbeiterregierung bestimmen wird. Gewerkschaftsführer und Exliberale allein werden diesen internationalen Anforderungen zu entsprechen nicht imstande sein, und ein Scheitern auf diesem Gebiete müßte auch auf die übrige Tätigkeit der Arbeiterregierung recht schädlich zurückwirken.

5. Am klarsten und am wenigsten anfechtbar auch seitens ihrer Gegner dürfte sich die bereits angekündigte Politik der Arbeiterregierung, wie übrigens auch jeder anderen Regierung, auf die die Arbeiterpartei entscheidenden Einfluß ausübt, Sowjetrußland gegenüber gestalten. Die volle diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung ist die selbstverständliche Stellungnahme einer einflußreichen Arbeiterpartei, die auch von den bürgerlichen Parteien des Handels und der Industrie unterstützt werden dürfte. Ist doch die Anerkennung Sowjetrußlands eine Forderung, die vielfach auch schon in Kreisen des Unternehmertums gestellt worden ist. Wenn die bisherigen Regierungen dieser Forderung aus politischen Gründen nicht nachkommen konnten oder wollten, so werden doch viele Anhänger auch dieser Richtungen der Arbeiterpartei insgeheim dankbar sein, wenn sie zwischen Sowjetrußland und England geregelte diplomatische und wirtschaftliche Verhältnisse schaffen wird.

Deutschland

Der deutsche Koltschak.

Von G. Sinowjew.

** Diese Gestalt zeichnet sich immer bestimmter aus dem Nebel ab. „Der starke Mann", der das bürgerliche Deutschland retten soll, der persönliche Diktator, der morgen „den Willen der ganzen Nation" verkörpern wird — mit einem Wort der deutsche „oberste Regent", der „deutsche Koltschak", hat sich gefunden. Sein Name ist: General Seeckt. Von allen „Prätendenten", deren es nicht wenige gab, hat er die größten Chancen. Viele sind berufen, wenige auserwählt. Auserwählt blieb schließlich Seeckt.

Es muß gerade herausgesagt werden, daß in der nächsten Periode die Aussichten einer Diktatur Seeckt tatsächlich groß sind. Hitler und Co., das sind deutsche Purischkewitsch'. Sie haben einige Verbindungen mit der nationalistischen Kleinbourgeoisie, aber ihr Programm ist, wenn man es entkleidet, nicht real, und sie selbst ähneln mehr Narren und Spaßmachern als ernsthaften Politikern der Konterrevolution.

Ganz anders der General Seeckt. Er handelt bewußt und vorsichtig. Er versteht es, sich sowohl auf den „vernünftigen" Teil der deutschen Sozialdemokratie zu stützen wie auf die deutsche Großbourgeoisie, die von Stinnes geführt wird. Der Sinn seiner Politik besteht darin, daß er alle großbourgeoisen Elemente des Landes zu konsolidieren und ein wirklich stabiles Regime eines „ernsten" bürgerlichen Konstitutionalismus zu schaffen sucht. In diesem Sinne ist Seeckt die größte Gefahr für die deutsche Revolution.

Wie ist das Verhältnis des Koltschakismus (Seeckt) zur „November"-Republik?

Die Verkörperung dieser letzgenannten Republik bildet der Präsident der „November"-Republik, Ebert, die ganze deutsche Sozialdemokratie und der „freiheitsliebendste" Teil der bürgerlichen „Demokratie". Die Verkörperung des Koltschakismus ist der General Seeckt, der schon länger als etwa den ersten Monat hindurch eine hervorragende, eigentlich die entscheidende Rolle in allen „demokratischen" Regierungen Deutschlands spielt.

Manchmal hört man die Behauptung, daß der Faschismus schon die „November"-Republik in Deutschland besiegt habe, daß die Diktatur Seeckts der Sieg der Militärreaktion über die November-Republik sei usw. Solche Behauptungen sind zum mindesten nicht genau.

Erinnern wir uns der Analogie wegen daran, wie der Koltschakismus bei uns in Rußland sich entwickelt hat.

Die russische „revolutionäre Demokratie" hat selbst den Koltschakismus geboren. Die berühmte „revolutionäre Demokratie" hat, als sie durch das zur Macht strebende revolutionäre Proletariat an die Wand gedrückt war, die Macht an die Militärreaktion selbst en detail verkauft. Hat nicht Kerenski selbst, der berühmte Führer der „revolutionären Demokratie", die Macht erst dem General Kornilow, dann dem General Alexejew übergeben? Hat nicht die „revolutionäre Demokratie", verkörpert durch die sibirischen SR.s und Menschewiki, den Admiral Koltschak zur Machtübernahme aufgefordert, der späterhin, wie es sich auch gehört, dieser selben verehrten „revolutionären Demokratie" einen Fußtritt gegeben hat?

Etwas ähnliches geht jetzt in Deutschland vor. Was wir gegenwärtig in Deutschland beobachten, ist nichts anderes als die Übergabe der Macht en detail durch die deutsche „November"-Demokratie an den deutschen Koltschak, den General Seeckt.

Im Anfang der ersten deutschen Revolution (November 1918) geriet die Macht gänzlich in die Hände der Sozialdemokratie, die die — mit je drei SPD.- und USP.-Leuten — erste „revolutionäre" Regierung der „Volksbeauftragten" bildete. Seitdem sind fünf Jahre vergangen. Im Laufe dieser fünf Jahre hat sich die SPD. und die USPD. eigentlich mit nichts anderem beschäftigt als mit der Übergabe der Macht en detail an die Bourgeoisie und gegenwärtig an das reaktionäre Militär. Die deutsche Sozialdemokratie „zeugte" die Novemberdemokratie, die Novemberdemokratie „zeugte" den deutschen Koltschak (Seeckt).

Der deutsche Koltschakismus ist, wie auch seinerzeit der russische Koltschakismus, nichts anderes als die logische Entwicklung, die Vollendung und Krönung der

Idee der „revolutionären Demokratie“ oder, mit Anwendung auf Deutschland, der Idee der „Novemberrepublik“. Deshalb darf man der Genauigkeit wegen die Gegenüberstellung der „November“-Republik und der Diktatur Seeckts nicht einmal zulassen. Seeckt ist der wirkliche Sohn, der legitime Nachfolger der „November“-Republik, wie Koltschak der legitime Nachfolger der Kerenskischen „revolutionären Demokratie“ war.

So ist die Logik der Dinge. Wenn das kommunistische Proletariat die „revolutionäre Demokratie“ nicht aufzäumen konnte, so wird sie von Koltschak oder Seeckt aufgezäumt. Insofern das deutsche Proletariat noch nicht die Kräfte besaß, sofort seine Diktatur zu verwirklichen, insofern führt die „November“-Republik in ihrer logischen Entwicklung unausweichlich zur Diktatur des Generals Seeckt. Der General Seeckt hat den Ebert gar nicht „besiegt“. In Wirklichkeit braucht Ebert den General Seeckt viel mehr, als Seeckt den Ebert. Es ist möglich, daß Seeckt, wenn er endgültig der Diktator geworden ist, es vorziehen wird, eine Zeitlang den Sozialdemokraten Ebert als Präsidenten in seinem Hofstaat beizubehalten. Warum auch nicht? In einer großen Wirtschaft kann auch ein sozialdemokratischer Präsident zu irgend etwas taugen. Aber Ebert wird auf keinen Fall auch nur einen Tag lang ohne Hilfe des Generals Seeckt Präsident bleiben können. Seeckt und Ebert, das sind zwei Seiten derselben Medaille. Auf der Vorderseite steht geschrieben „November-Republik“, auf der Rückseite „Diktatur Seeckt“.

Es wäre nicht weniger unrichtig, irgendwelche wesentliche Gegensätzlichkeit der Interessen des Generals Seeckt auf der einen und des deutschen Faschismus auf der anderen Seite zu konstruieren. Ja, der General Seeckt und die offiziellen faschistischen Organisationen, das ist nicht ein und dasselbe. Aber auch der Admiral Koltschak segelte in der ersten Zeit seiner Tätigkeit unter der Flagge der Nationalversammlung und nicht unter der des „einen und unteilbaren Rußlands“ und noch weniger unter dem Banner des „Selbstherrschertums der Orthodoxie und der völkischen Einheit“. Wenn man nicht über Kleinigkeiten, sondern über Großes reden will, das heißt über den Sieg der Bourgeoisie über die heranreifende proletarische Revolution in Deutschland und über die Befestigung der bürgerlichen Diktatur, so tun die Faschisten, Seeckt und Ebert ein und dasselbe, nur mit einer gewissen Arbeitsteilung. Nicht nur Seeckt, sondern auch Ebert und Noske sind verschiedene Spielarten des Faschismus.

Anstatt den Arbeitern Deutschlands die Perspektive, der Himmel weiß welcher, Differenzen zwischen dem General Seeckt und den Faschisten auszumalen, anstatt die Pläne auf diese ausgebildeten Differenzen aufzubauen, wäre es besser, die Tatsachen aufmerksamer zu beobachten. Erinnern wir uns an sehr unferne Dinge. Die bayrischen Faschisten machen einen Staatsstreich. Was tun der General Seeckt und der sozialdemokratische Präsident Ebert? Sie benützen dieses Freignis, um den Belagerungszustand in ganz Deutschland einzuführen. Dabei wird das so kunstreich gemacht, daß bedeutende Teile der SPD.-Arbeiter, durch das Manöver Seeckts und Eberts getäuscht, während der ersten Zeit aufrichtig daran glaubten, daß der Belagerungszustand von General Seeckt nicht zum Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat, sondern zum Kampfe gegen die bayrischen Faschisten eingeführt ist, die den Staatsstreich gemacht haben.

Und die Zähmung des „roten“ Sachsen? Während der General Seeckt mit dem Segen des SPD.-Präsidenten Ebert 60.000 Soldaten der weißen Reichswehr um Sachsen konzentriert und sie transportiert, wird überall das Gerücht verbreitet, daß diese Umgruppierung angeblich auch gegen das weiße Bayern geschieht. Als aber die Umgruppierung fertig ist, wird die Maske abgeworfen und die weiße Reichswehr jagt die Arbeiterregierung Sachsens auseinander.

Und Thüringen? Faschistische Banden werden mit ihren Abteilungen, bis an die Zähne bewaffnet, an der Grenze Thüringens konzentriert, an dessen Spitze auch eine „Arbeiter“-Regierung steht. Die ganze sozialdemokratische und demokratische Presse erhebt ein Geheul darüber, daß heute oder morgen die Faschisten Thüringen besetzen werden. Darauf schickt der General Seeckt zur „Rettung der Lage“ unter dem Segen Eberts seine „republikanische“ Reichswehr nach Thüringen. Und dank den Anstrengungen der SPD.-Presse glauben viele SPD.-Arbeiter aufrichtig, daß die Besetzung Thüringens durch die Truppen der „republikanischen“ Reichswehr beinahe ein Sieg des deutschen Proletariats ist. Wie denn? Sonst werden ja faschistische Abteilungen Thüringen besetzen! Die rechten SPD.-Führer schrecken die SPD.-Arbeiter mit dem Gespenst des Hitlerschen Faschismus und setzen die Faschisten Seecktscher Richtung in Wirklichkeit auf den Thron. Darin besteht der Sinn dessen, was vorgeht. Die Helden der „November“-Republik, die deutschen Sozialdemokraten, übergeben dem General Seeckt die Macht en detail. In dem prächtigen „demokratischen“ Blumengarten der SPD. erblüht immer stürmischer das Teufelskraut des deutschen Koltschakismus.

Wird alles das lange dauern? Kaum. Daß Deutschland noch eine Periode des weißen Terrors durchleben wird, das steht jetzt fast außer Zweifel. Daß dieser Weg ein schwerer Golgothaweg sein wird, der mit großen Opfern für das deutsche Proletariat verbunden ist, daran kann man auch nicht zweifeln. Und daß der Tag der deutschen proletarischen Revolution noch steiniger ist, als wir es alle noch vor ganz kurzer Zeit geglaubt haben, das ist schon vollkommen klar. Aber die Grundursachen, die Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt und es bis hart an die revolutionäre Krise gebracht haben, die internationale Politik, die Finanzen, die Ernährungskrise usw., bleiben bestehen und verschärfen sich.

Groß ist der Preis, den das deutsche Proletariat für seinen Sieg zahlen wird. Aber niemand wird uns den Sieg entreißen. Der Koltschakismus wird auf dem deutschen Boden nicht langlebiger sein als auf dem russischen. In schweren Prüfungen wird das deutsche Proletariat gestählt und erwirbt sich das, was ihm am meisten für den Sieg fehlte: Kampfeserfahrung, Mißtrauen der Sozialdemokratie gegenüber, militärische Vorbereitungen — und unter den Schlägen des Koltschakismus reift die revolutionäre Entschlossenheit schnell heran. Der schwere Hammer zersplittert alles Morsche und schmiedet den Stahl.

Unser Koltschak?

Von A. Thalheimer.

** General Seeckt ist der „deutsche Koltschak“, erklärt Genosse Sinowjew in einem Artikel, der so betitelt ist. Es sei „ungenau“, von einem Sieg des Faschismus über die Novemberdemokratie zu reden. Seeckt sei wie Koltschack zugleich der Sohn der Demokratie, ihre legitime Frucht, ihre wahre Gestalt. Ebert braucht Seeckt noch mehr, als Seeckt Ebert. Die bürgerliche Demokratie sei also vom deutschen Koltschak nicht so sehr besiegt worden, als daß sie ihm stückweise die Macht geliefert habe. Seeckt ist also die Vollendung der Demokratie.

Historische Parallelen erhellen die Dinge, wie Gleichnisse Begriffe erläutern. Wir wissen nicht, ob Genosse Sinowjew an Hand des russischen Beispieles die deutschen Freignisse verdeutlichen wollte, oder ob er uns Deutschen unsere eigene Erfahrung erklären wollte. Uns scheint, daß seine historische Parallele beide Zwecke verfehlt. Historische Parallelen sind, wie bereits Clausewitz wußte, schwierig zu handhaben. Sollen sie von Wert sein, so müssen sie auf Gleichheit im Wesentlichen beruhen, sonst verwirren und verdunkeln sie das, was sie erläutern wollen.

Die Situationen, die in Rußland zu Koltschack, in Deutschland zu Seeckt führen, sind aber im Wesentlichen verschieden. In Rußland hatte die proletarische Revolution bereits gesiegt, war die Rätediktatur bereits errichtet. Die bürgerliche Demokratie wurde die Sammellosung für das gesamte Lager der Konterrevolution. Und in sehr schnellem Tempo entpuppte sich die bürgerliche Demokratie als weiße Diktatur.

In Deutschland hat die proletarische Diktatur noch nicht gesiegt. Die faschistische Diktatur Seeckt ist nicht die Rivalin, der Gegenpol einer siegreichen proletarischen Diktatur, sondern Sieger über die bürgerliche Demokratie. Das ist eine geschichtlich und politisch grundverschiedene Situation.

Eher vergleichbar wäre die Situation, wenn vor der Oktoberrevolution Kornilow gesiegt hätte. Aus der verschiedenen Situation ergeben sich verschiedene Konsequenzen für die Politik des Proletariats.

In Rußland hatte die siegreiche proletarische Diktatur die unter der Maske der Demokratie auftretende Konterrevolution als weiße Diktatur zu enthüllen und zu schlagen. In Deutschland haben wir gegenwärtig nicht gegen eine demokratische, konterrevolutionäre Propaganda aufzutreten, sondern gegen eine antidemokratisch-faschistische. Der Nachdruck liegt hier nicht darauf, den Massen zu zeigen, daß die demokratischen Losungen in Wahrheit weiße Losungen sind — eine solche Propaganda wäre schlechthin gegenstandslos —, sondern darauf, daß die Demokratie nicht mehr existiert, eine bloße Kulisse der Militärdiktatur ist, daß die Rechtsdiktatur bereits da ist,

und daß nur die proletarische Diktatur ihrer Herr werden kann. Auf ganz einfache Formeln gebracht: in Rußland standen sich gegenüber die siegreiche proletarische Revolution unter der Losung der proletarischen Diktatur, die aufmarschierende Konterrevolution unter der Losung der Demokratie. In Deutschland stehen sich gegenüber die siegreiche faschistische Diktatur und die aufmarschierende proletarische Revolution unter der Losung der proletarischen Diktatur. In Deutschland ruht gegenwärtig das Schwergewicht darauf, den Massen zu zeigen, daß die Demokratie — nicht mehr das ist, aus dem Spiel ausscheidet. Erst die Tatsache des Sieges des Faschismus und die Liquidierung der Novemberdemokratie erlaubt uns, unsere Übergangsforderungen, die an die demokratischen Illusionen anknüpften, zu liquidieren und weiter rechte wie linke Sozialdemokratie, die beide sich noch an die Illusion des Fortbestehens der bürgerlichen Demokratie klammern, politisch und organisatorisch zu erledigen.

Abstrakt gesprochen, ist es ebenso richtig, zu sagen, daß die Diktatur Seeckts die Vollendung der bürgerlichen Demokratie ist, wie ihre Vernichtung ihre Aufhebung im Hegelschen Doppelsinne.

Politisch gesprochen, erfordert die konkrete Lage in Deutschland, mit aller Schärfe und Einsichtigkeit festzustellen, daß der Sohn der bürgerlichen Demokratie, Seeckt, nach seiner Geburt seine Mutter getötet hat, daß Tote begraben werden und die lebendige faschistische Diktatur getötet werden muß.

Der russische Koltschak stieg ins Brautbett der Demokratie, um sie zu vergewaltigen — die Demokratie, die längst keine Jungfer mehr war und die sich gern vergewaltigen ließ. „Unser" Seeckt hat niemand zu verstehen gegeben, daß er die Demokratie zu heiraten wünscht, er hat der Weimarer Verfassung nicht den Hof gemacht. Er thront auf ihrer Leiche und setzt seine Militärstiefel auf sie.

Das ist der Unterschied.

Für die weitere Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland ergeben sich aus dem verschiedenen Tatbestand ebenfalls wesentliche Unterschiede.

In Rußland hat die proletarische Diktatur die „bürgerliche Demokratie" abgelöst. Es war daher natürlich, daß die bürgerliche Demokratie das Losungsvort der Konterrevolution wurde, der Sammellosung von den Menschewiki bis zu den Weißen. In Deutschland findet die proletarische Revolution die bürgerliche Demokratie bereits liquidiert vor und hat ihrerseits die faschistische Diktatur zu liquidieren. Es ist daher als sehr wahrscheinlich zu betrachten, daß der siegreichen Rätediktatur in Deutschland andere konterrevolutionäre Ideologien gegenübertreten werden, wie dies in Rußland der Fall war, wie überhaupt die sehr verschiedenen Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Deutschland sehr verschiedene Bedingungen des Auftretens, der Form, des Inhaltes und der Stärke der Konterrevolution schaffen werden. Nicht nur die Revolution, auch die Konterrevolution in Deutschland wird Neues bringen! Zum Verständnis der deutschen Revolution ist die Einsicht in das Neue, in das Verschiedene vor allem erforderlich für die russischen Genossen, die natürlicherweise das Schema ihrer Revolution auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen geneigt sind, auch da, wo es nicht paßt.

Die proletarische Revolution in Deutschland muß zu allererst aus sich selber heraus verstanden werden. Historische Parallelen zur russischen Revolution gibt es sicherlich mancherlei, aber sie liegen nicht auf der Oberfläche. Die oberflächlichen Parallelen sind in der Regel falsch und irreführend.

„Der deutsche Koltschak" ist eine solche irreführende Parallele.

Politik

Brief aus Schweden.

Von Paul Gould (Stockholm).

** Die Produktions- und Absatzkrisis ist auch dem Lande Schweden nicht erspart geblieben. Wir haben ganze Jahre hindurch über ein Drittel des schwedischen Industrieproletariats arbeitslos auf der Straße liegen sehen. Die Arbeitslosenziffer sank nur sehr langsam, während gleichzeitig die Arbeitslöhne einen ebenso raschen wie tiefen Niedergang erfuhren. Sie sind in einer ganzen Reihe von Berufsgruppen auf das Vorkriegsniveau herabgesunken, während der Lebenshaltungsindex sich immer noch 60% über der Friedensparität bewegt. Und zur Vervollständigung dieses Zahlenbildes in der allgemeinen sozialen Lage wollen wir noch hervorheben, daß trotz alledem die Zahl der Arbeitslosen heute immer noch die Vorkriegsziffer um 160% überragt.

Und diese Lage kann sich nur noch weiter verschlimmern. Die Regierung veröffentlichte soeben ihren Beschluß, wonach sie eine große Anzahl von Arbeitern, die sie zur Zeit in den Waldungen in Nordschweden beschäftigt, entlassen will. Es werden also mitten im Winter viele Tausende von Arbeitern plötzlich ihrer Arbeitsgelegenheit verlustig gehen, und man rechnet bereits jetzt mit einer weiteren unvermeidlichen und raschen Ausdehnung der neuen Wirtschaftskrisis nach den südlichen Provinzen.

Aber, so wird man gegen uns einwenden, Schweden hatte doch die letzten Jahre eine „Arbeiter"-Regierung mit Sozialdemokraten an der Spitze. Hat denn Herr Branting auch keine Mittel gefunden, um die Arbeit gegen derartige Krisen zu schützen? Doch! Während der Regierung Brantings ist das Arbeitslosenkomitee, das als Regierungsorgan die Interessen der Arbeiter im Falle einer Wirtschaftskrisis wahrnehmen soll und über 21 Millionen Kronen Kredite verfügte, geschaffen worden. Allein dieses Komitee wurde ganz aus höheren Beamten und Industrieherren zusammengesetzt, während die Arbeiter darin unvertreten blieben. In dem Augenblick, wo es sich darum handelte, diesem Organ eine starke proletarische Stütze zu geben, hielt es Herr Branting für geboten, vom Kampfplatze zu verschwinden und der Schwerindustrie die Bahn freizumachen.6 Wie das Beispiel lehrt, gleichen sich die Sozialdemokraten aller Länder wie ein Ei dem anderen!

Und seit dieser Zeit hat dieses famose Arbeitslosenkomitee weiter nichts getan, als die gesetzlich vorgesehene Unterstützung anzuweisen oder zu unterdrücken. Die Kommunistische Partei war der einzige Machtfaktor, der sich wirklich der Interessen der Arbeitslosen angenommen hat. Er hat ihren Kampf organisiert und zur Führung dieses Kampfes eine schlagkräftige Arbeitslosenorganisation geschaffen. Allein das große Beharrungsvermögen der reformistischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Regierungsparteien lastet schwer auf der Aktivität der breiten Massen. In den letzten Jahren hat die Kommunistische Partei Schwedens auf dem Wege der Eroberung der Arbeiterorganisation namhafte Fortschritte gemacht. So sind sie zum Beispiel im Metall- wie im Landarbeiterverband nicht mehr weit von der Mehrheit entfernt. Gleichwohl wird die Eroberung der übrigen Organisationen noch eine gewisse Zeit und einen energischen, konzentrierten Kampf erfordern.

Aber während die Arbeitslosen sich regen, sind auch die Kräfte der Reaktion nicht untätig. Sie sind dabei, sich einen dem skandinavischen Volk angepaßten schwedischen Faschismus zu schaffen. Dieser sich unverhüllt zeigende Faschismus arbeitet mit denselben demagogischen Phrasen italienischer und bayerischer Art. Er verkörpert klar und eindeutig die aktive Unterdrückung der revolutionären Bewegung. Er ist konservativ, monarchistisch und der Verfechter des militärischen Aktivismus. Er fordert eine starke schwedische Armee mit vielen Gewehren, großkalibrigen Kanonen und Riesenpanzerschiffen. Wie man sieht, trägt er unverkennbar die Spuren seiner Gebärerin, der Schwerindustrie.

Und gegen wen soll sich der kriegerische Löwe Frau Schwedens wenden? Der schwedische Außenminister, Herr Hedenstjärna, hat es klar und deutlich ausgesprochen: gegen Sowjetrußland. Vor einigen Wochen hat er auf einem Festmahl der schwedischen Presse das Bündnis Schwedens mit Finnland für den Fall eines kriegerischen Konfliktes zwischen dem weißen Finnland und dem roten Rußland angekündigt. Doch die Wirkung dieser Kanonade war nicht besonders günstig. Obwohl die schwerindustriellen Preßorgane sie mit furchtbarem Tamtam begrüßten, lehnten die Arbeiter, die Gewerbetreibenden und die liberale Bourgeoisie das Kriegsabenteurertum des Herrn Außenminister rundweg ab. Die schwedischen Kaufleute und Kleingewerbetreibenden sind pazifistisch eingestellt, und an der Einheitsfront der Arbeiterklasse mit diesem Kleinbürgertum sind bereits schon einmal, in den Jahren 1916/17, die Interventionsabsichten desselben Außenministers gescheitert. Angesichts dieser Einheitsfront, die sich infolge eines in Aussicht gestellten Krieges an der Seite Finnlands gegen Rußland sehr schnell erneuert hat, hat sich der etwas weiter blickende König beeilt, seinen großsprecherischen Minister zum Teufel zu jagen. Er wurde durch Herrn Marx von Württenberg ersetzt, der sich beeilte, das politische Gleichgewicht durch pazifistische und gegenüber Rußland freundlichere Erklärungen wieder herzustellen. Er hat sogar den baldigen Abschluß der russisch-schwedischen Ver-

handlungen über einen Handels- und Staatsvertrag in Aussicht gestellt.

Selbstverständlich gibt sich die Schwerindustrie nicht so leicht für geschlagen. Sie beharrt auf der Vergrößerung des Heeres und der Rüstung zu Wasser und zu Lande, weil dabei für sie gute Geschäfte zu machen sind. Ein bekannter Journalist und Führer der linken Sozialdemokratie, Herr Engberg, schreibt über die großkapitalistische Pressekampagne in dem Göteborger Parteiorgan „Arbedet“:

„Es ist festzuhalten, daß sich in den von den Bolschewiki veröffentlichten Dokumenten der zaristischen Diplomatie auch nicht eine Spur von russischen Ansprüchen auf skandinavische Staatsgebiete ergibt. Die russischen Expansionspläne gingen ausschließlich nach dem Osten und dem Balkan. Das strategische Eisenbahnnetz war offenkundig nur gegen einen möglichen Angriff von seiten Deutschlands gerichtet. Trotz der guten Beziehungen, die während der letzten Jahre zwischen Rußland und Schweden bestanden, wurde von unseren Militaristen immerfort versucht, das Land mit dem Schrecken eines möglichen russischen Krieges zu beunruhigen. Und seit dem Sturz des Zarismus muß Räterußland herhalten, um als Schreckgespenst gegen die friedliche schwedische Nation zu dienen. Nur dem Einfluß dieser Krise ist es zuzuschreiben, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Schweden noch keine Regelung erfahren haben. Obwohl die Regierung Lenin zurzeit die älteste Regierung in Europa überhaupt ist, ignoriert Schweden sie tatsächlich noch.“

Das sind ziemlich vernünftige Gedanken. Aber was bedeutet die Weisheit des Herrn Engberg, wenn gleichzeitig seine Partei den Plänen des Kriegsministers ein ungeheures Wohlwollen entgegenbringt, den Militärapparat Schwedens auszubauen, was eine Mehrausgabe von über 100 Millionen Kronen im Jahr erfordert, während man für die Arbeitslosen nur 21 Millionen übrig hat?

In den letzten Tagen hat die Kampagne des Unternehmertums zugunsten des Zwangsschlichtungsverfahrens das Proletariat ziemlich stark beschäftigt. Es sind schon eine ganze Reihe von Entwürfen zur Knebelung der Arbeiterbewegung ausgearbeitet worden. Die Schlichtungsstellen sollen jedesmal dann in Funktion treten, wenn Kapital und Arbeit sich über Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu verständigen vermögen. Sie sollen sich zusammensetzen aus gelehrten Richtern und einer Anzahl bürgerlicher Unternehmer, aus kleinbürgerlichen Gewerkschaften und Arbeiterbeisitzern. Der Gesetzentwurf für das Zwangsschlichtungsverfahren war nahezu vollendet, und die Unternehmerorgane konnten die Zeit nicht erwarten, bis er von den beiden gesetzgebenden Kammern beschlossen und vom König verkündet war. Die offiziellen Arbeiterorganisationen, insbesondere der Gewerkschaftsbund, schienen dem Gesetz keinen großen Widerstand entgegensetzen zu wollen. Nur die Kommunistische Partei hat dagegen eine scharfe und wirksame Kampagne geführt, die der Arbeiterklasse die ihr drohenden großen Gefahren ins rechte Licht rückte. Denn wo soll angesichts des stets wachsenden Einflusses der Kommunisten die Garantie für eine unternehmerfreundliche Rechtsprechung und insbesondere für eine unternehmerfreundliche Durchführung der Schiedssprüche herkommen? Was soll man gegen die Arbeitermassen unternehmen, die es ablehnen, sich bestimmten Schiedssprüchen zu unterwerfen? Man kann sie zwar zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern, hat aber keine Mittel, sie dazu zu zwingen. Soll man ihnen nur Geldstrafen androhen? Zu ihrer Eintreibung wären unzählige neue Gerichtsvollzieher notwendig, die manche schwere Stunde erleben dürften. Oder soll man die rebellischen Arbeiter einfich einsperren? Auch das erscheint unmöglich, mindestens aber höchst kostspielig.

Lediglich diese Gründe haben unsere Bourgeoisie, die angeblich den „sozialen Frieden stabilisieren“ will, veranlaßt, einstweilen auf ihre hinterhältigen Pläne zu verzichten. Doch der große Krieg zwischen Kapital und Arbeit wird auch in Zukunft in unverminderter Schärfe weitergehen.

Zur letzten Ausgabe.

In der Nr. 180/181 haben sich infolge technischer Schwierigkeiten einige Druckfehler eingeschlichen. Da diese Druckfehler nicht sinnstörender Natur sind, werden sie von unseren Lesern selbst berichtigt worden sein.

Redaktion der Inprekorr.

Wirtschaft

Wir schaftliches aus Frankreich.

Von V. Godonnèche.

** Im Jahre 1919, als die großen Zusammenstöße zwischen Kapital und Arbeit das gesellschaftliche Gefüge sehr kräftig erschütterten, hatte Herr Picquenard, jener Direktor des Arbeitsministeriums, um den uns Europa beneidet, einen Einfall, den er für einen genialen hielt: Er schlug die Schaffung von sogenannten „Lebenshaltungskosten“-Kommissionen in jedem Departement vor, die periodisch die Schwankungen der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel des Arbeiterhaushalts feststellen sollten. Automatisch sollte, je nachdem, ob der Koeffizient höher oder niedrigr geworden war, die Erhöhung oder die Herabsetzung der Löhne erfolgen.

Die Unternehmer, vom kleinsten bis zum größten, bereiteten dem Vorschlage des Arbeitsdirektors eine begeisterte Aufnahme. Sie sahen in den paritätischen Kommissionen einen Organismus des sozialen Friedens allerersten Ranges, der der Anarchie der Forderungen der Arbeitskräfte ein Ende bereiten sollte.

Bei den Arbeitern, abgesehen von gewissen reformistischen Führern, die ebensosehr wie die Regierung und die Unternehmer Sehnsucht nach sozialem Frieden hatten, erfuhr die Anregung des Ministeriums, ohne geradezu zurückgewiesen zu werden, ein gewisses Mißtrauen. Wir sahen in ihr einen neuen Organismus der Zusammenarbeit der Klassen und zeigten ihn als solchen auf. Wir waren uns im voraus über die Notwendigkeit seiner Maßnahmen im klaren und ebenso über die Dauer des Einflusses, die er haben würde, um dem unvermeidlichen Zusammenstoß der Klassen auszuweichen.

Die relative und künstliche Stabilisierung der Lebenshaltungskosten im Verlaufe der Jahre 1921 bis 1922 erlaubte es den Reformisten, die Tätigkeit der Kommissionen zu verherrlichen. Sie konnten tatsächlich kleine Lohnerhöhungen verzeichnen, ohne zum Streik gegriffen zu haben. Dies war für sie das Wesentliche, weil sie glaubten, darin den Beweis für den Wert ihrer „Aktions“-Methoden zu ersehen.

Seit dem letzten Vierteljahre 1922 jedoch gehen die Kosten der Lebenshaltung neuerlich weiter in die Höhe. Die Änderungen treten derart schnell ein, daß die Arbeiter häufig gar nicht auf die Vierteljahrszahlen warten, um ihre Forderungen zu stellen. Die reformistischen Führer bremsen, aber manchmal ohne Erfolg. Die Bewegungen setzen bald hier, bald dort gegen ihren Willen ein und gehen über sie hinweg. Die Kommissionen funktionieren — und sie beweisen vor allem, daß ihre Schätzungen phantastisch und unter den tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung liegen.

Die Ruhr- und Schutzzollpolitik, die systematische Ausschaltung Rußlands vom Weltmarkte und andere Kennzeichen der Herrschaft des Kriegs-Poincaré, mußten unvermeidlich eine Rückkehr zur schwindelerregenden Teuerung des Jahres 1920 zur Folge haben. Da die allgemeine Entwicklung der Preise allzu offensichtlich war, um hinter optimistischen Zahlen verborgen werden zu können, mußten die amtlichen Kommissionen sie bei der Festsetzung des Koeffizienten für das dritte Vierteljahr 1923 in einem gewissen Ausmaße berücksichtigen, ohne jedoch — bewahre! — bis zur völligen Richtigkeit zu gehen. Daraus ergab sich ein Koeffizient, der für gewisse Departements, wie das Departement Nord, fühlbar jenen der kritischsten Periode von 1920 übersteigt.

Die Aufregung, die die Zahlen der Kommissionen hervorriefen, hat sich je nach den betroffenen Schichten in verschiedener Weise geäußert. Bei den Arbeitern, die sich in den letzten Monaten durch die Voraussagen der Unternehmer-, Reformisten- und Regierungspresse über kommende Preisrückgänge hatten prellen lassen, setzt sie sich natürlich in neue und berechtigte Forderungen nach Lohnerhöhungen um.

Bei den Unternehmern ist man einfach erstarrt. Man kann sich noch immer nicht erklären, wieso Kommissionen, die doch gleichsam die Regierung vertreten und aus „anständigen Leuten“ zusammengesetzt sind, sich soweit gehen ließen, Zahlen bekanntzugeben, die „gefährliche Rückwirkungen auf den sozialen Frieden“ haben können (siehe „Journée Industrielle“ vom 9. November 1923). Man denke bloß beispielsweise an Lille, wo in den Textilbetrieben die Löhne auf 3·66 stehen, und die Kommission einen Index von 4·45 veröffentlicht! Das ist einfach skandalös! Die Kundschaft von Herrn Romier kann sich nicht davon erholen.

Und so ereifern sich die großen Unternehmer des Nordens und suchen ein Heilmittel gegen das Unglück. Auf einmal sind die Kommissionen des Herrn Picquenard Instrumente, deren man sich nicht mehr bedienen will. Die Unternehmer suchen selbst die Grundzahlen und stellen den einzigen wahrheitsgetreuen Koeffizienten fest.

In Lille hat man es so gemacht. Die Kommission hatte 4·45 festgestellt, die Unternehmer aber haben 3·82 gefunden. Man kann versichert sein, daß sie dazu ihre Köchinnen nicht befragt haben. Und da diese Zahl 3·82 niedriger ist als jene des Oktobers 1920, die 4·14 war, so ziehen sie daraus den Schluß, daß sie nicht die geringste Lohnerhöhung zu bewilligen haben. Sicherlich, wenn es sich nur darum handeln würde, die Aufrichtigkeit der amtlichen Zahlen zu erörtern, so könnten wir im Grundsatze übereinstimmen, freilich nicht in dem Sinne, daß sie zu verkleinern wären. Ich habe bereits in der „Humanité" die saftige Geschichte erzählt, die sich vor einigen Monaten in Toulouse zugetragen hat. Es war gelegentlich eines Streiks im Buchgewerbe. Drei Koeffizienten waren festgestellt worden: einer vom Unternehmerverband, einer vom Bürgermeisteramt und der dritte von der Präfektur... und alle drei waren verschieden.

Die Arbeiter sind nicht im Zweifel über den Wert der amtlichen Zahlen, die immer unter den wirklichen Kosten der Lebenshaltung sind. Wie sollen sie Vertrauen zu den Zahlen der Unternehmer haben, die noch niedriger als jene sind?

Ich habe vor mir das „Bulletin der allgemeinen Statistik", das vom Arbeitsminister herausgegeben wird. Es ist gar nicht nötig, in die Ferne zu schweifen oder viele Artikel zu zitieren. Da sind auf Seite 35 die Kleinhandelspreise für Bekleidung in Paris. Ein vollständiger Anzug, der Ende 1920 275 Francs kostete, wird im Oktober 1923 mit 170 Francs angeführt. Wo ist er, der Pariser Schneider, der den Preis seines Krams seit 1920 in einem derartigen Ausmaße vermindert hätte? Es wäre zu nett, wenn man ihn uns im Ministerium angeben würde.

Aber es gibt noch Besseres, einen noch schlagenderen Beweis. Auf derselben Seite desselben Heftes sehen wir für den Kleinhandel den „Index der Preise von Heizstoffen für Hausbrand". Die Kleinkohlen werden zum 1. Oktober 1923 zum Preise von 248 bis 260 Francs pro Tonne angegeben. Ich bin am gleichen Tage zum Kohlenhändler gegangen und habe 27 Francs für 100 kg gezahlt, die uns die amtlichen Zahlen für 24 Francs 80 — „geben"! Die Statistik in Frankreich, habe ich von russischen Genossen sagen hören, ist ein ganzes Gedicht!

Die Unternehmer des Nordens haben den Anstoß dazu gegeben, die amtlichen Zahlen zu bestreiten, die sehr weit unter den wirklichen Lebenshaltungskosten liegen. Ihre Gefährten der anderen Regionen beginnen in ihre Fußstapfen zu treten. Sind sich die Arbeiter schon einig, die amtlichen Zahlen zu bestreiten, so weisen sie noch mehr jene ihrer unmittelbaren Ausbeuter zurück. Es bedarf weder der einen noch der anderen, um festzustellen, daß die Löhne immer mehr ungenügend werden und daß das Elend ins Ungemessene wächst.

Der Winter, der jetzt mit seinem Gefolge von Leiden einsetzt, könnte die großen Zusammenstöße von 1919 wieder erstehen lassen. Mögen die Arbeitermassen dann an ihrer Spitze Führer haben, die sie nicht verraten werden.

Arbeiterbewegung

Der Portländer Kongress der American Federation of Labor.

Von Loaf (New York).

** Die „American Federation of Labor" (der Amerikanische Gewerkschaftsbund), an deren Spitze der berüchtigte Reaktionär Samuel Gompers steht, hat vom 1. bis 13. Oktober ihren diesjährigen Kongreß in Portland, im Staate Oregon, abgehalten. Dieser Kongreß, der in seinen allgemeinen gewerkschaftspolitischen Kundgebungen kaum eine Spur von Fortschritt gegen früher erkennen ließ, erhielt im übrigen sein Gepräge durch die planvolle Offensive der alten Gewerkschaftsbureaukratie gegen die drohende „rote Gefahr", das heißt gegen die Versuche einer kraftvollen Minderheit, die Gewerkschaftsbewegung auf die Bahn des bewußt revolutionären Klassenkampfes hinzudrängen. Und es muß im voraus bemerkt werden, daß diesem Vorstoß der reaktionären Bureaukratie noch nie ein so schwächlicher Widerstand entgegengestellt wurde als in diesem Jahre. Dies erklärt sich dadurch, daß diesmal, nach dem Vorantritt der sozialistischen Delegierten im Vorjehre, auch noch die sogenannten Fortschrittler, die der neugegründeten Farmer-Labor-Party nahestehen, in das Lager der Gompers-Freunde abgeschwenkt sind.

Der Geschäftsbericht des Bundesvorstandes läßt, wie in den Vorjahren, einen weiteren Rückgang des Mitgliederbestandes der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen erkennen. Er gibt die derzeitige Mitgliederziffer mit 2,926.468 an, was einen neuen Verlust von 260.000 Mitgliedern im abgelaufenen Jahre und von 1,152.272 gegenüber dem Höchststand mit 4,078.740 im Jahre 1920 entspricht.

Dieselbe rückläufige Bewegung zeigen auch die Finanzen des Bundes. Die Einnahmen im Geschäftsjahr August 1922/23 belaufen sich auf 687.880 Dollar. Ihnen stehen Ausgaben in der Höhe von 662.298 Dollar gegenüber. Der sogenannte „Verteilungsfonds" beziffert sich auf 183.994 Dollar, außerdem stehen in dem Sonderfonds für allgemeine Ausgaben 40.000 Dollar zur Verfügung.

In der Einwanderungsfrage schildert der Bericht in grellen Farben die Gefahren, die den bestehenden „Einrichtungen des Landes" aus der Einwanderung erwachsen müssen, falls diese nicht noch weit über das bereits bestehende Maß hinaus gesetzlich beschränkt wird.

Die Frage der zunehmenden Klassenjustiz gegen die Gewerkschaftsbewegung bereitet der Gewerkschaftsburaukratie schwere Sorgen. Sie muß zugeben, daß die berüchtigten Einhaltsbefehle bei Arbeitsdifferenzen immer zahlreicher erlassen werden und einen immer schärferen Unterdrückungscharakter gegen die Arbeiterklasse annehmen. Sie klagt ferner über die zunehmende Praxis des obersten Gerichtshofes, alle der Herrschaft des Großkapitals abträglichen Gesetze einfach als verfassungswidrig zu erklären, und fordert, daß der Kongreß die Macht haben müsse, die vom obersten Gerichtshof aufgehobenen Gesetze mit Zweidrittelmehrheit wieder in Kraft zu setzen. Sie wendet sich mit starken Ausdrücken gegen das Eingreifen des Staates in das industrielle Leben durch die schiedsgerichtliche Gesetzgebung und bezeichnet zum Beispiel das Verkehrgesetz von 1920, das unter anderem auch das Eisenbahnarbeitsamt vorsieht, als einen vollkommenen Fehlschlag und eine dauernde Quelle von Aufregung, Unruhe und Unzufriedenheit.

Doch, so unzufrieden Herr Gompers und die Seinen sich über die Klassenbetätigung des kapitalistischen Staates auch äußern, von jenem Willen oder auch nur Vorsatz zum ernstlichen Kampfe gegen diese planmäßige Unterdrückungspolitik des Klassenstaates ist im Bericht mit keinem Worte die Rede. Im Gegenteil, trotz aller eindringlichen Lehren der letzten Jahre beharrt Gompers nach wie vor auf dem Grundsatz der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften. Er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft lediglich, bei der Wahl gegen die Kandidaten zu stimmen, die sich nicht gegen den Unfug der Einhaltsbefehle und der richterlichen Gesetzesmacherei, gegen Arbeiterzwangsgesetze und Subventionierung von Kapitalistengruppen aussprechen.

Genau so farblos, wie das Auftreten der Gewerkschaftsbureaukratie gegen die Klassenunterdrückung des Proletariats durch den kapitalistischen Staat ist, ist auch ihre Stellung gegen den Faschismus in allen seinen Abarten. Der Bericht warnt die fremden Arbeiter vor der Propaganda der Mussolini-Regierung in den Vereinigten Staaten und vor dem Anschluß an die Faschisten, der ein Verstoß gegen jedes „Prinzip der Ehrlichkeit" bedeuten würde. Er drückt ferner seine Meinung aus, daß kein Gewerkschafter sich an den Bestrebungen des Ku-Kux-Klan beteiligen könne, weil diese Organisation sich mit Gewalt an die Stelle der organisierten Regierung zu setzen versuche. Aber er unterläßt es gleichzeitig, aus wohlerwogenen Gründen, kein tadelndes Wörtlein gegen die amerikanische Legion zu sagen, obwohl diese dieselben staatsumstürzlerischen Ziele verfolgt wie der Faschismus in Italien und der Ku-Kux-Klan in Amerika. Im Gegenteil, für die amerikanische Legion hat man nur Worte des Lobes und der Empfehlung.

Ganz andere Töne fand dagegen der Bericht gegen die Tätigkeit der Anhänger der RGI. Hier wurde mit den stärksten Ausdrücken einer interessierten Entrüstung und Verleumdung nicht gespart. Man unterstellte ihnen wie allerorts die Absicht, im Auftrage und nach dem Diktat der russischen Kommunistischen Partei die Gewerkschaftsbewegung zertrümmern zu wollen.

Nur zu diesem Zwecke werde von ihnen jene „offen revolutionäre Verschmelzungskampagne" getrieben, deren letztes Ziel nicht nur die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung, sondern sogar der Sturz der demokratischen Regierung in den Vereinigten Staaten sei. Trotz der Vehemenz des Angriffes gegen die Anhänger des Bundes für gewerkschaftliche Aufklärung erklärt der Bericht in einem Atemzug, daß die Führer der A. F. of L. sich durch die Propaganda der Radikalen keineswegs in ihrer Herrschaft bedroht fühlen. Nichtsdestoweniger ergibt sich aus den Einzelangaben, die gemacht werden, daß der Kampf der Gompers-Leute nicht nur den Radikalen, sondern auch allen irgendwie fortschrittlich eingestellten Elementen und Gewerkschaften gilt. Gompers hatte sich eben vorgenommen, auf dem Kongreß in Portland allen angeschlossenen Organisationen den Charakter und die Prinzipien der A. F. of L. aufzuzwingen.

Auf dem Kongreß waren mehrere Delegierte der britischen Arbeiterschaft anwesend, unter anderen Robinson von der Labour Party, Walker vom britischen Lederarbeiterverband, Sullivan vom kanadischen Gewerkschaftskongreß und Hodges von der Internationalen Bergarbeiter-Föderation. In ihren Begrüßungsansprachen betonten Robinson, Walker und Sullivan mehr oder minder scharf den Unterschied zwischen den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit des selbständigen politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Diese „hetzerischen" Ausführungen riefen jedoch sofort Gompers zur Verteidigung seines reaktionären Standpunktes auf den Plan. Er behauptete mit großer Emphase, es sei von weit größerer Bedeutung, einen dominierenden Einfluß auf die Gesetze zu gewinnen, die aus den Bureaus der Unternehmer stammen, als zu bestimmen, welche Gesetze von politischen Körperschaften angenommen werden sollen.

Die Rede Frank Hodges dagegen war direkt auf die offene Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaftsbureaukratie zugeschnitten. Gleich dieser erhob er, jedenfalls auf vorherige Verabredung, die schärfsten Angriffe gegen die Kommunisten und die von den radikalen Elementen geübte Taktik des „Bohrens von innen". Zweifellos handelte Hodges auch zugleich im Auftrage der Amsterdamer Internationale, um die A. F. of L. wieder für den Anschluß an diese zu gewinnen.

Den Auftakt zu den eigentlichen Kongreßverhandlungen bildete der Vorstoß der gesamten Gewerkschaftsbureaukratie gegen das Gewerkschaftskartell in Seattle, dem sie den Vorwurf machte, es sympathisiere mit der RGI., weil es einen Vertreter nach Moskau entsandt, den Gedanken der engeren Gewerkschaftskonzentration verfochten und politische Wahlanweisungen der staatlichen Gewerkschaftsföderation unbeachtet gelassen hätte. Es gelang Gompers, durch „väterliche Ermahnungen" zwei der Vertreter von Seattle seinen Forderungen im großen ganzen geneigt zu machen. Diese wiesen lediglich die Forderung zurück, ihren Kongreßmitdelegierten Duncan, von dessen Führerschaft sie sich lossagen sollten, zu veranlassen, daß er seine Stimme gegen die willkürliche Kassierung des Mandats des Führers der Opposition, Genossen Dunne, widerrufen solle. Ob jedoch diese Unterwerfung der beiden Delegierten auf dem Kongreß von den zuständigen Organisationen gebilligt werden wird, erscheint mehr als fraglich.

Im Vordergrund der Verhandlungen standen vor allem drei Fragen: die Verschmelzung der Fachorganisationen zu Industrieverbänden, die Schaffung einer selbständigen Labor-Party und die Anerkennung Sowjetrußlands. Etwa 150 von den 378 Kongreßdelegierten hatten von ihren Organisationen den Auftrag, für eine oder mehrere dieser Forderungen zu stimmen. Darin erblickte Gompers für sich und seine Herrschaft eine schwere Bedrohung, weshalb er kein Mittel zur Verwirrung und Einschüchterung der Opposition unversucht ließ. Vor allem lag ihm daran, den Einfluß seiner Gegner von vornherein dadurch zu untergraben, daß er derem Wortführer, dem Delegierten des Gewerkschaftskartells von Butte (Montana), Genossen Dunne, unter allerlei schäbigen und verlogenen Vorwänden vom Kongreß das Mandat aberkennen ließ. Als Hauptbeschuldigung wurde gegen Dunne geltend gemacht, er habe Beamte des Kohlenarbeiterverbandes der Korruption und Bestechung geziehen und arbeite auf die Zerstörung des Gewerkschaftsbundes hin. Die Mandatsaberkennung wurde schließlich gegen 7 Stimmen von 52 offenen oder versteckten Enthaltungen vom Kongreß beschlossen. Das Exekutivkomitee der „Workers Party", in der Genosse Dunne eine aktive Rolle spielt, hat gegen diese Mundtotmachung einen scharfen öffentlichen Protest veröffentlicht, in dem als wahrer Grund für die Gewaltmaßnahme die Furcht der Gewerkschaftsbureaukratie vor lebensnotwendigen Reformen der Gewerkschaftsbewegung nachgewiesen wird. Nach den Stimmen der Arbeiterpresse zu urteilen, dürfte jedoch dieser Gewaltstreich in Zukunft der Gewerkschaftsbureaukratie noch manche bittere Stunde bereiten.

Mit diesem „Sieg" der Gompers'schen Richtung über die Opposition war natürlich auch das Schicksal der Hauptstreitfragen des Kongresses entschieden. Die Verschmelzung der Fachverbände zu Industrieverbänden wurde debattelos durch Annahme einer Resolution entschieden, in der in Anlehnung an eine Kongreßresolution aus dem Jahre 1901 hervorgehoben wird, daß „die Interessen der Gewerkschaftsbewegung am besten durch eng aneinander geschlossene Fachverbände gewährt werden".

Die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands hat auf dem Kongreß lange und heftige Auseinandersetzungen heraufbeschworen. Hier waren selbst in der Anhängerschaft Gompers verschiedene Meinungsströmungen deutlich erkennbar. Selbstredend zogen Gompers und sein Anhang alle Register der schamlosesten Bolschewistenhetze auf. Die Abwürgung der Resolution, die sich für die Anerkennung Sowjetrußlands einsetzte, wurde nur dadurch ermöglicht, daß Gompers sie in wohlberechneter Absicht dem allgemeinen Resolutionskomitee, in dem seine Leute dominierten, statt dem Ausschuß für auswärtige Politik, der eigentlich dafür zuständig war, zur Beratung überwiesen hatte.

In der Frage der Schaffung einer selbständigen Arbeiterpartei wurden alle befürwortenden Resolutionen ebenfalls mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Gleichwohl hatte die Gompers'sche Bureaukratie zur Beschwichtigung der fortschrittlichen Elemente eine Erklärung abgeben müssen, nach der der Gewerkschaftsbund bei kommenden politischen Wahlen nur noch „entschieden fortschrittliche" Kandidaten unterstützen werde. Hervorgehoben zu werden verdient in diesem Zusammenhang noch die Tatsache, daß der Exsozialist Walker, der lange Zeit hindurch ein eifriger Verfechter einer Labor-Party gewesen war, auf dem Kongreß die Propaganda für die Schaffung einer selbständigen proletarischen Klassenpartei als ein heimtückisches Ziel für die Machteroberung durch die Roten hingestellt hat.

Auch die Frage des internationalen Anschlusses des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat auf dem Kongreß, wenn auch nicht offiziell, so doch inoffiziell eine gewisse Rolle gespielt. Es fanden darüber unter den Delegierten lebhafte Diskussionen statt. Gompers setzte jedoch allen Versuchen, selbst solchen, die von vier großen Zentralverbänden getragen waren, den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Er blieb nach wie vor dabei, daß selbst die Amsterdamer Internationale noch viel zu stark bolschewistisch durchseucht sei, um der Ehre seines Beitrittes teilhaft zu werden. In Wirklichkeit verfolgt Gompers kein anderes Ziel als das, seine absolute Herrschaft in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu stabilisieren.

Neben diesen Hauptfragen wurden auf dem Kongreß auch noch eine Anzahl Fragen minderen Gewichts behandelt.

Das Gesamtbild des Portlander Kongresses läßt sich auf folgende Formel zusammenfassen: Der Portlander Kongreß war formell der reaktionärste Kongreß der „American Federation of Labor". Er hat zu einer vorläufigen Befestigung der Gompers'schen Machtstellung dadurch geführt, daß Gompers' frühere Gegner jetzt mit ihm eng zusammenarbeiten. Der reaktionärere Zug des Kongresses läßt sich nur teilweise durch die bessere wirtschaftliche Konjunktur und das Ausbleiben von größeren Kämpfen mit dem Unternehmertum erklären. Trotz des Sieges der Gompers'schen Richtung läßt der Kongreß deutlich ein Erstarken der kommunistischen Bewegung innerhalb der Gewerkschaften, zum mindesten aber ihres Einflusses auf deren Mitgliedermassen erkennen.

Achtung! Neue Adresse beachten!

Die neue Adresse für alle Brief- u. Wertsendungen lautet: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29.

Telegrammadresse: Wien, Inprekorr.

Deutschlandhilfe

Der Weltkongreß der Internationalen Arbeiterhilfe für die Hungernden in Deutschland.

Von G. G. L. Alexander.

Bei Hoover fand der Hungerschrei, den Deutschlands bürgerliche Regierung hinaussandte, taube Ohren. Herr Westarp hatte ja erklärt, daß das deutsche Volk bei vollen Scheunen verhungert. Also sollen die verschlossenen Geldschränke und die vollen Scheunen geöffnet werden... das deutsche Kapital mag selber seine Opfer retten! Das ist der Standpunkt der Internationale des Besitzes. Das deutsche Kapital nimmt den Kampf gegen den Hunger auf, indem es die Hungernden niederschießt.

Das Proletariat, das auf dem Marsche ist, sich zum Abwehrkampfe zusammenzuschließen, sieht den neutralen Pnukt, von dem aus es angreifen muß, bedroht, sieht die Stelle bedroht, die heute seine stärkste Position bedeutet und als solche ausgebaut werden muß: das deutsche Proletariat verhungert.

Wer diesen Weltkonkongreß, diesen proletarischen Kongreß im preußischen Herrenhause im Dezember erlebte, fühlte etwas von einer grandiosen, weltumspannenden, weltbezwingenden Macht, die sich durchsetzt, nicht weil sie sich auf Bejonette stützt, die sie gelegentlich auch braucht und nicht entbehren kann; aber sie hat etwas mehr als nur diese Bajonette, die die starken und einzigen Waffen des Kapitalismus sind. Diese proletarische Macht wird getragen von einer Idee, von einer Idee, die zugleich eine organisatorische Kraft bedeutet und als solche wirkt: Solidarität. Die Hungerkatastrophe in Rußland hat aus einem Wort eine Tat gemacht, eine Aktion im Weltmaßstabe ausgelöst: Internationale Arbeiterhilfe. Diese Tat war klein, gemessen an der Größe des zu bekämpfenden Unheils, aber sie wirkte über ihre materielle Begrenztheit hinaus.

Wenn heute in Deutschland, in der Zeit einer unerhörten Depression, einer Stagnation aller Kräfte in allen Zweigen und Gebieten des gesellschaftlichen Seins, in der alle Einrichtungen der bürgerlichen Staatsordnung nicht mehr funktionsfähig sind, eine neue Organisationsquelle sich aufschließt und mit unerhörter Schnelligkeit sich praktisch auswirkt — in kleinen Tatsachen erst und — Aufrufe — Sammlungen — ein Plakat „Deutschlands Kinder hungern"! eine, zwei, drei Speisestellen zuerst — dann wachsen in zehn Tagen dreißig und nach kurzer Zeit fünfzig, und dann ein Ruf in alle Welt und ein großer internationaler Kongreß tritt zusammen zu gemeinsamer Beratung — so ist das, was in normalen Zeiten etwas Selbstverständliches war, heute das Zeugnis für große schöpferische und organisatorische Kräfte. Und dahinter, das ist zu fühlen, stecken Energien, die außerhalb dieser verfallenden und vorhandenen Elendswelt verankert sind, die fortwurzeln, von wo aus allein sich eine Neuordnung der Produktion und aller Kräfte entfalten kann: im breiten schöpferischen Berlin der proletarischen arbeitenden Massen.

Das bedeutet der Weltkongreß der IAH. Er bedeutet mehr als ein Anfang, als Ruf und Beratung. Wenn nicht schon das Werk in seiner bisherigen Auswirkung für die solidarische Hilfe gezeigt und ihre Möglichkeiten erwiesen hätte, dieser Kongreß hier, diese proletarische Tat des Aufbaues inmitten des bürgerlichen Zerfalls, er würde nicht ein so lebhaftes Interesse, einen so starken Besuch erhalten haben.

Den Auftakt zum Kongreß bildete eine imposante Versammlung proletarischer und bürgerlicher Jugend in der Stadthalle: Kampf dem Hunger! Jugend an die Front! Karl August Wittvogel richtete sich in einer monumentalen Rede an die Jugend, indem er betonte, daß diese Hilfe, die auch die hungernde Jugend unterstützen will, nur aufzufassen sei, als Unterstützung des revolutionären Kampfes, der allein die Jugend von ihrem Elend, von ihrem leiblichen Hunger, ihrer geistig-seelischen Not befreien kann, indem er ein neues System schaffen will. Von diesem Gesichtspunkt aus fanden sich in der Stadthalle bürgerliche und proletarische Jugend zusammen, den Kampf gegen den Hunger aufzunehmen mit der Kraft hinter der ein anderer heroischer Wille steht, der über das große Hilfswerk hinausreicht von der Solidarität der Hilfsbereitschaft zur Solidarität des gemeinsamen Kampfes.

Nur so hat diese Selbsthilfe der Arbeiter Sinn. Wenn die Stadt Berlin ihren Vertreter zur Konferenz schickt und für die geleistete Hilfe der IAH., die alle bürgerlichen Hilfswerke übertrifft, zu danken, so meint er und sieht er Wohltätigkeit.

Das internationale Proletariat — und das kann in allen Reden und Manifestationen der zahlreichen auswärtigen Delegierten, die aus Rußland, Frankreich, England, Italien, Holland, Belgien, Schweiz, Schweden, Österreich usw. erschienen waren, zum Ausdruck und der Vertreter der Transportarbeitergewerkschaft Hollands, Edo Fimmen, formulierte es — das große proletarische Heer Deutschlands muß gerüstet werden, es darf nicht verhungern, damit es seine eigene Bourgeoisie bekämpfen kann, denn die rücksichtslose, widerstandslose Ausbeutung der deutschen Proletarier bedeutet die rücksichtslose Ausbeutung auch des internationalen Proletariats.

Das Präsidium des Kongresses wurde von Mathilde Wurm, Helene Stöcker und Willy Münzenberg gebildet, die in ihren Begrüßungsworten und Referaten betonten, daß auch breite Kreise des kapitalkräftigen Bürgertums zur Hilfe herangezogen werden müssen, um vom Ausland nicht den beschämenden Vorwurf der eigenen vollen Scheunen mehr hören zu müssen. Der Zusammenschluß aller Volkskreise wurde von allen Rednern aus den bürgerlichen Gruppen, zum Beispiel von Alfons Paquet, im Namen der geistigen Arbeiter gefordert.

Willy Münzenberg brachte in seinem warmen aufrüttelnden Referat über die Not in Deutschland und ihre Bekämpfung durch die IAH. reiches statistisches Material, das er zu einem erschütternden Bild ausgestaltete durch die plastische Schilderung der Not in den verschiedenen Berufsgruppen. Diese hatten auch ihre Vertreter entsandt, die dieses Gesamtbild im einzelnen bestätigten und erneuerten. Es sprachen Frau Dr. Helene Stöcker über Kinder und Kinderelend, Dr. Klauber über den Zusammenbruch der Gesundheitspflege, der von geradezu katastrophalen Auswirkungen auf die Volksgesundheit, und besonders die der Kinder ist. Tiedt sprach für die Kriegsopfer, Paquet für die geistigen Arbeiter, Lüneberg für die Sozialrentner, Kößler für die Erwerbslosen usw. Alle diese Ausführungen gaben ein Bild katastrophaler Zerstörung aller organisatorischen Kräfte und Komplexe des Volkes. Die Rat- und Tatlosigkeit der Regierung, der Industrie, der Großagrarier dieser Not gegenüber fand von allen Seiten entrüstete Kritik. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die zum Zusammenschluß aller Kräfte für die Einheitsfront gegen den Hunger auffordert.

Bezugspreise!

Ab 1. Januar betragen die Bezugspreise für die Internationale Presse-Korrespondenz für:

Österreich	8000 österr. Kronen
Tschechoslowakei	8 tsch. Kronen
Deutschland	1 Goldmark
Norwegen, Dänemark und Schweden	2 Kronen
Frankreich	4 frz. Franken
Schweiz	2 schw. Franken
Italien	6 Lire
England	2 Schilling

pro Monat.

Für Amerika beträgt die Bezugsgebühr 6 Dollar pro Jahr und für alle übrigen oben nicht angeführten Länder den 2 Schweizer Franken entsprechenden Gegenwert.

Geschäftsleitung der Inprekorr.

Eine Bitte an unsere Leser!

Die Internationale Presse-Korrespondenz ist in die Zwangslage versetzt, sich mit folgender Bitte an ihren Leserkreis zu wenden:

Die Inprekorr benötigt äußerst dringend eine größere Anzahl aller derjenigen ihrer Ausgaben in deutscher Sprache, die seit dem 1. Juli d. J. erschienen sind. Da uns kein anderer Weg übrig bleibt, treten wir mit der Bitte an unsere Leser heran, uns — wenn nur irgend möglich — die in ihrem Besitze befindlichen, seit dem oben bezeichneten Zeitpunkt erschienenen Exemplare zur Verfügung stellen zu wollen.

Wir bitten recht herzlich um sofortige Einsendung solcher Nummern an unsere Adresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29.

Auch für die Überlassung einzelner hier in Betracht kommenden Ausgaben sind wir sehr dankbar.

Wir vergüten allen Einsendern den doppelten Betrag der zurzeit geltenden Bezugsgebühr für die gleiche

Redaktion der Inprekorr.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Langegasse 67.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.